

Ja, meine Damen und Herren, wenn man Gelegenheit hat, einen solchen Film in Ruhe zu sehen, und wenn das die Form der Erinnerung wird, in der über Menschen und deren Schicksal persönlich berichtet wird, dann ist man nach meiner Meinung dem Gedenken ein großes Stück näher. Und viel näher, als durch Gedenkstätten, als durch vielerlei statistische Publikation und dergleichen mehr. In jedem Ort in Deutschland gibt es gewissermaßen eine Anne Frank, auch wenn sie oder er uns ihr Leben nicht so eindringlich hinterlassen hat wie Anne Frank. Aber nur über diese Personen und über die Wiederentdeckung ihrer Schicksale wird es möglich werden, der gefährlichen Routine des Erinnerns in Deutschland zu begegnen und zu einer deutschen Trauer im Gedenken zu kommen. Berlin, wie gesagt, sollte dazu ein zentrales, schlichtes und eindringliches Denkmal für alle Opfer des Naziterrors errichten. Kein Monument, sondern ein Gedenk-Mal und hierüber kann am Ende, so scheint mir, nur die Kunst und keine politische Kommission entscheiden. Ich habe eine eigene Vorstellung von dem, was man tun könnte, aber ich will das hier so jetzt nicht ausbreiten, vielleicht gibt es nachher in der Diskussion eine Gelegenheit, das zu erwähnen.

Was ich sagen wollte, meine Damen und Herren, ist, daß wir zwar viel getan haben, die Fakten zu bewahren, aber daß die Verstrickung der Deutschen in das, was damals geschah, durch Faktenerinnerung und Faktenmerkmale in der Landschaft nicht gerecht wird. Wir müssen darüber hinaus versuchen, Wege zu finden, um Menschen zu erinnern und auf diese Weise auch uns als Menschen zu berühren. Vielen Dank.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank Herr Dr. von Dohnanyi, wir werden die Referate zusammenbinden und anschließend die gemeinsame Diskussion führen. Jetzt der Chef der Gauck-Behörde, wie man das in Kurzform ankündigen kann. Bitteschön Herr Gauck.

Joachim Gauck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist schön, so eingeführt zu werden, durch diese nachdenklichen Reflexionen. Ich stimme dem eigentlich zu, soweit ich überhaupt einen Zugang zu den angesprochenen Dingen habe. Anders als bei Ihnen, Herr von Dohnanyi, würde ich mir nicht erlauben, im Grunde in bestimmte Tiefendimensionen einzudringen, weil ich mir da Dinge angelesen habe, die bei Ihnen aus eigenem Erleben kommen. Deshalb, so sehr ich Ihnen bei der Erwägung dessen, was machbar ist und was vielleicht in die Literatur, in die Kunst gehört, folgen will als Person, muß ich gleichzeitig die Aufgabe der Öffentlichkeit, dieser Abgeordneten hier und auch meiner Institution bedenken. Man muß für diejenigen, die sich nicht in dieser existentiellen Tiefe, sogar der persönlichen Trauer, wenn das überhaupt möglich ist angesichts fremder Schuld, hingeben wollen, so etwas wie Lehrpfade der Geschichte eröffnen und diese museumspädagogischen Konzepte debattieren, mit denen wir wenigstens in die Köpfe kommen. Die Herzen mögen dabei auch berührt sein, manchmal gelingt es ja, daß ein museumspädagogisches Konzept durchaus diese Dimension erreicht, die Sie angesprochen haben. Ich

erinnere mich an meine Besuche im Holocaust-Museum in Washington. Ich war zweimal dort und jedesmal ist mir nicht vor den ganzen Tafeln und Statistiken und Fotos mit den Greueln das widerfahren, wovon Sie wohl gesprochen haben. Es war vielmehr in einem Gang, in einem Zwischenraum, wo die ganzen unkommentierten Fotos hängen aus gebräunten und vergilbten Fotoalben, die eine ganz eigene Sprache sprechen. Nicht das Informiert-werden geschieht hier, sondern da spüren wir plötzlich, das könnten die Bilder aus unserem großväterlichen Fotoalbum sein, zufälligerweise sind sie es nicht. Plötzlich halten die Menschen inne und viele von ihnen weinen. Die Museumspädagogen haben das vielleicht gar nicht gewußt vorher oder wenn ja, waren sie weise. So etwas wünscht man sich natürlich – ein Gelingen dieser Art.

Die Enquete-Kommission hat mich gebeten, über die Notwendigkeit der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu sprechen, auch über die Förderung der Demokratie durch Erinnern und Verarbeiten, so würde ich das einmal übersetzen und ich will das in einigen Anmerkungen tun. Erstens, vergessen wir nie, daß Vergessen Normalität ist. Wenn wir die Psychen der Menschen so nehmen wie sie sind, dann gehört die Fähigkeit zum Vergessen zu einer sehr wichtigen Ausstattung des Menschen ebenso wie das, was uns als aufklärerische Menschen immer so stört, die Lektion des Erinnerns und ebenso das, was uns noch mehr stört, das Verdrängen. Uns begegnen, wenn wir den Menschen so begegnen, wie es sich gehört, nämlich mit einer offenen, realistischen Sicht, ganz natürliche Voraussetzungen. Psychische Voraussetzungen, die dem entgegenstehen, was wir volkspädagogisch oder als Demokraten für richtig halten. Es ist die Normalität des psychischen Haushalts, die wir feststellen müssen. Ja so ist das, daß wir verdrängen können und daß wir aus schlechten Vergangenheiten nur das Positive erinnern, das hat eine Funktion im Überlebenskampf des Menschen, gerade in Zeiten, wo es an sein Leben geht. Deshalb werden wir das nie verändern können. Kein noch so aufklärerisches Programm wird die Menschen davon abhalten, selektiv zu erinnern und zu verdrängen. Ich will das nur benennen, das ist vielleicht eine Banalität, rutscht uns aber oft weg, weil wir bei jeder Art von Verdrängen und ich beziehe mich da durchaus mit ein, gleich politisches Kalkül vermuten, allerdings ist es dies auch oft. Und das ist das zweite, was wir dann sehr nüchtern anschauen müssen. Man kann mit menschlichen Schwächen oder mit menschlichen Gegebenheiten eben sehr wohl Politik machen. Die Strukturkonservativen der gesamten Farbenscala des politischen Instrumentalisierens nutzen natürlich diese ganz normale menschliche Technik des Vergessens, des selektiven Erinnerns und des Verdrängens. Deshalb werden wir auch immer von Verführungsprozessen sprechen, die Interessierte starten, um anzuknüpfen bei unseren Möglichkeiten, Politik mit dieser Fähigkeit des Verdrängens zu machen. Wir erleben dann die Fülle nachträglicher Selbstrechtfertigung und die läßt sich sehr gut in der allgemeinen Mentalität der Leute plazieren, eben wegen dieser psychischen Voraussetzungen.

Zweitens, gelehrt durch politische und historische Traumata der Nachkriegszeit, wo diese Fähigkeit des Vergessens politisch eine sehr starke Rolle spielte, besteht die aktuelle Absicht der deutschen Politik nicht darin, dies zu fördern,

sondern sie will aufarbeiten statt zu vergessen. Sie formuliert das mannigfaltig, sie hat das dokumentiert durch die Einrichtung dieser wichtigen Institution Enquete-Kommission im Parlament und unter anderem durch die Errichtung der Behörde des Bundesbeauftragten. In dem Gesetz, das die Arbeit des Bundesbeauftragten leitet, haben die Abgeordneten formuliert, daß wir die Akten öffnen für die politische, juristische und historische Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese Absicht stammt schon aus der Volkskammer. Am 24. August 1990 hat es den Willen aller Abgeordneten, wenn ich mich richtig erinnere, übrigens damals noch bis hinein in die PDS, gegeben, so mit dieser letzten deutschen Vergangenheit zu verfahren, daß wir nichts unbearbeitet lassen. Alle Akten sollten geöffnet werden und damit sollten diese Prozesse befördert werden. Es ist schön, daß diese Koalition der Vernunft auch in dieser Legislaturperiode gehalten hat. Wir sind dankbar dafür, daß die Opposition, daß die Sozialdemokraten und die Bündnis-Grünen hier zu dem stehen, was sie einmal beschlossen haben und freilich etwas besorgt, daß nur noch Minderheiten in der PDS dieser Absicht zuzustimmen vermögen.

Drittens, der Arbeitsertrag, wir könnten auch sagen der Diskursgewinn für uns alle, für die Zeitgenossen, ist mannigfaltig. Ich sprach eben von der Öffnung der Akten. Das klingt ja sehr nüchtern, und gleichzeitig ist mit der Aktenöffnung eine ganz bewußte Entscheidung vom Gesetzgeber vorgenommen worden, daß die gesamte Gesellschaft in einer neuen und vorher so nicht möglichen Weise Fakten neu sichern und damit bewerten kann, und damit die Realität in anderer Weise annehmen und bearbeiten kann, als es nur durch die Vermittlung der Meinungen der politisch Aktiven – damals wie heute – geschieht. In dieser Neugewinnung eines Zugangs zur unverstellten Realität und in der Neubewertung von Fakten sollten wir mit Hannah Ahrendt mehr erkennen, als nur eine organisatorisch-methodische Hilfeleistung. Wir sollten in ihr – ich zitiere Ahrendt: „einen Versuch sehen, den Verlust an Wirklichkeit, den jede Diktatur nach sich zieht, auszugleichen durch das aufklärerische Element des Wissenserwerbs für jeden einzelnen. Wenn als Folge der Diktatur beschrieben werden kann, daß die Menschen sich weniger nach den Fakten und der Realität, sondern mehr nach den Meinungen der Herrschenden über Fakten und Realität richten, wenn sie somit nurmehr einen vermittelten Zugang zur Realität haben, so werden wir folgern können, daß damit die Würde der Fakten selbst außer Kraft gesetzt worden ist.“ Wir haben in besonders zugespitzten Entfremdungssituationen der beiden Systeme, über die wir hier sprechen, erlebt, daß sogar in die Naturwissenschaften hinein der Verlust an Wirklichkeit umgesetzt wurde. Wir haben noch nicht ganz die sozialistische Mathematik erfunden gehabt, aber in der Wirtschaftswissenschaft, auf dem Felde der Ökonomie, waren wir dicht dran, und meine Altersgenossen erinnern sich, daß wir sogar in der Biologie dort erhebliches geleistet haben. Das war die Zeit, als die Vererbungsgesetze von Gregor Mendel in der Sowjetunion abgeschafft und durch die dubiosen Lehren von Lyssenko und Mitschurin ersetzt worden waren. So etwas funktioniert. Wir Deutsche haben auch erlebt, was Medizinprofessoren alles an naturwissenschaftlichen Rasselehren losgelassen haben. Also

das kann ungeahnte Folgen haben. Ich habe diese kleinen Beispiele noch einmal benutzt, um diesen Begriff Verlust von Wirklichkeit zu erläutern. Deshalb erscheint mir, neben der emotionalen Annäherung, auf die ich gleich zu sprechen komme, etwas ganz wesentlich zu sein, daß der Gesetzgeber alles tut und auch finanzielle Mittel einsetzt, um diesen defizitären Zugang zu Realität und Fakten durch neue Möglichkeiten zu beenden und damit im Grunde die geistige Selbstbefreiung, d. h. einen neuen Prozeß aufklärerischer Annäherung des Subjektes des Gemeinwesens, des Ichs an seine eigene Möglichkeiten, zu befördern.

Wenn wir uns nun fragen, und damit gehe ich stärker auf das ein, was mein Vorredner gesagt hat und was auch der Vorsitzende in seiner Einleitung erwähnt hat, daß das Wissen und die Entfremdung des Wissens nur ein Teil von Aufarbeitung ist, gibt es dann auch Diktaturfolgen für den Bereich des emotionalen, des psychischen Seins des Menschen, denen wir ebenfalls abhelfen können? Das können wir natürlich weniger gut, weil ein Gesetzgeber und weil politische Aktivisten im Grunde keine Ingenieure der Psychen sind. Es wäre furchtbar, wenn sie das wären. Wir können nur ein Klima schaffen, das Menschen erlaubt – ohne daß sie dafür diskriminiert werden – ihre Betroffenheit und ihre Trauer zu zeigen und sie nicht zwingt, diese Haltung zu verbergen. Das wird man erwarten dürfen von der Gesellschaft. Aber es ist uns nicht in die Hand gegeben, wann wir den emotionalen Verlust, den Diktaturen auch nach sich ziehen, wann wir den insgesamt auszugleichen vermögen. Es muß die Widerstandsfamilien, Herr von Dohnanyi, es muß auch Juristen wie Fritz Bauer, es muß einen Mann wie Alfred Anderstedt, der desertiert war, weil er dies Morden nicht mehr mitmachen wollte, es muß diese Minderheit der Deutschen ja unglaublich gekränkt haben, daß es so eine Verabredung zum Schweigen, zur Taubheit und zum Nichtempfinden dessen gegeben hat, was die Opfer erlitten hatten nach dem Krieg. Es ist erstaunlich, in wie hohem Maße nach einer Diktatur das Selbstmitleid grassiert. Und wir können das nur verstehen, wenn wir diese massenhafte Ausbreitung von Selbstmitleid als Kompensation für einen Verlust begreifen. Und es wäre somit von einem zweiten Verlust zu sprechen, nämlich von einem Verlust der ganz kreatürlichen Fähigkeit, Sympathie, ich sage es auch einmal mißverständlich, Mitleid, und ich sage es politisch, Solidarität mit den Opfern des jeweiligen Systems zu empfinden. Und es ist eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß es sich offensichtlich in einer gesamtgesellschaftlichen Optik nicht lohnt, mit Zivilcourage, Nächstenliebe und Mut eine Position der Minderheit zu leben. Ja, es ist leider so, wir machen das immer wieder fest und deshalb sind unsere Mittel so begrenzt auf dem Wege der emotionalen Annäherung, diese Bekehrung der Herzen, die uns ja wohl vorschwebt, zu erreichen. Da hilft Klugheit allein nicht, jedenfalls ich habe da keine Methoden, die ich anbieten kann. Eine haben Sie genannt, Herr von Dohnanyi. Die Abstraktion, die die Wissenschaft braucht und betreiben muß, darf nicht der einzige Weg sein, sondern es muß eine Annäherung an Lebensvollzüge geben.

Ich werde nie meine Attacken gegen meine Eltern vergessen: Sie sollten mir endlich sagen, wie das war bei den Nazis und welche Juden sie gekannt hatten. Ich hatte als junger Theologe alle Bücher gelesen, die man da lesen muß und das hat eigentlich nichts genutzt. Ich habe immer nur verstockte Ausreden bekommen. Meine Eltern waren überhaupt nicht schuld, mein Vater hatte so einen komfortablen Job im Krieg, daß er nie auf jemanden schießen mußte. Der konnte Leute in Nautik und Mathematik belehren, das war eigentlich nun wirklich luxuriös. Sie hätten eigentlich locker darüber sprechen können, haben sie aber nicht. Sie hätten aber wenigstens etwas fühlen können und ich habe davon auch nichts gemerkt. Und dann kam diese merkwürdige Geschichte, als im Westfernsehen diese Holocaust-Serie kam. Die hat Raul Hilberg und andere natürlich maßlos geärgert, denn er hatte die großen Wahrheiten ja alle schon früher aufgeschrieben. Diese Serie kam nun aus Amerika und meine Eltern saßen dann da, wie in vielen Familien das wohl gewesen ist, so habe ich das gehört, und weinten. Und dann ist 10 oder 20 Jahre nach meinen Attacken etwas bei ihnen angekommen, was ich viel früher bei ihnen finden wollte. Aber auf einem anderen Weg ist das eben geschehen. Es wurden Geschichten aus dem Leben erzählt und die konnten sie nachvollziehen. Und nun passierte das Merkwürdige. Plötzlich fielen ihnen Namen ein, die ich noch nie gehört hatte. Man erinnerte sich an Klassenkameraden und auch an den jüdischen Doktor und überhaupt waren das nicht alles nur, wie das früher so in den Redensarten der Familien war, Leute, die bestimmte Nasen hatten oder eine bestimmte Neigung zum Eigentum, sondern plötzlich gab es Individuelles zu hören.

Können wir das nun planen? Das ist eben meine Frage, wenn wir so etwas machen. Ich will damit nur sagen, wir haben Entfremdungsprogramme zu bearbeiten, die in umfassender Weise den Menschen intellektuell und emotional verwandelt haben und darüber hinaus auch die Strukturen. Das heißt – das wäre nun ein eigenes Programm, auch eher der wissenschaftlichen Bearbeitung, dies noch einmal ganz nüchtern nachzuvollziehen – welche Strukturen, auch welche Konventionen, die die Demokratie in zwei Jahrhunderten in einer bürgerlichen Gesellschaft entwickelt hat, sind im Grunde durch die Diktatur abgeschafft worden. Wie hat sich aus einer bürgerlichen Verfahrenskultur eine Unkultur der Dominanz der höchsten und allerhöchsten Ziele entwickelt und was hat das mit uns gemacht? Es ist also eine umfassende Verwüstung die Folge von Diktatur. Und wir haben noch gar nicht besprochen, was auch zu besprechen ist, daß Menschen, ob sie ein System nun ablehnen, oder ob sie es begeistert befolgen, jedenfalls durch die Tatsächlichkeit ihres Lebens in diesem System geprägt worden sind. Es ist nun von der Langsamkeit der Wandlung solcher Prägungen zu sprechen, oder es ist damit zu rechnen. Das heißt, was wir jetzt planen und was wir ins Werk setzen wollen, liebe Abgeordnete, ist ein Generationenvertrag auf Befreiung hin. Eine Gesellschaft, die sich klar macht, wie tief die Entfremdung und wie groß Verluste nach der Diktatur sind, eine solche Gesellschaft bedarf eines solchen Generationenvertrages. Und ich wähle absichtlich dieses Wort, um den Verantwortlichen des Deutschen Bundestages gleich hier mitzuteilen, was sie schon lange wissen, das Ganze kostet

natürlich Geld. Solche Dinge wollen ernst genommen werden und was man bezahlt, nimmt man ernst. Wir werden mit der Langsamkeit des Mentalitätswechsels zu rechnen haben. Wenn die Leute schon alle möglichen neuen Gesetzestexte, das Grundgesetz, die neue Hymne gelernt haben und ihre neuen Computer alle beherrschen, dann werden sehr viele von ihnen, und darüber spreche ich ja sehr oft, dann werden sehr viele noch lange in einer Mentalität der Unterwerfung gefangen bleiben. Sie werden das Subjektgefühl noch nicht erreichen. Und unsere Erinnerungsarbeit, die gleichzeitig Trauer und gleichzeitig Eröffnung einer neuen Lebenswelt ist, ist ein Schritt der Selbstbefreiung und der Befreiung dieser geprägten Menschen. Das können wir durch verschiedene Wege erreichen, durch die Therapie, durch die Lehre, wir können das, indem die Demokratie Handlungsräume eröffnet, wirtschaftlich natürlich, wie hier oft angemahnt, aber auch politisch. Wir wissen, wie nachhaltig das Wirtschaftswunder nach dem Krieg die Entwicklung zur Demokratie hin gefördert hat und wir erkennen in unserer ostdeutschen Umgebung sehr nachhaltig das Ausbleiben eines Wirtschaftswunders, was gleichzeitig die Hinwendung zur Demokratie im Geist und in der Mentalität der Ostdeutschen verzögert. Wir erwarten von den politischen Kräften, daß diese Einübungsmöglichkeiten in die Demokratie gewährt werden, daß die offene Gesellschaft diese politischen Handlungsräume für positive Gegenerfahrungen nach der Diktatur eröffnet. Das Erinnern, was wir betreiben, bietet nun an, etwa Elemente des politischen Erinnerns, wie Zivilcourage oder aufgegebene Zivilcourage, als Überlebenselemente einer funktionierenden Demokratie zu erkennen.

Ich würde ganz kurz jetzt noch einmal eingehen auf die Eingangsbemerkung von Herrn von Dohnanyi und dann noch einmal anreißen, wie das praktisch zu machen wäre. Abschließend möchte ich ganz kurz den Ertrag für die Westdeutschen ansprechen, weil ich immer das Gefühl habe, daß der Deutsche Bundestag unter Umständen so ein mehrheitliches Unbehagen in sich birgt, daß wir diesen ostdeutschen Belangen der Diktaturaufarbeitung etwas zu viel Zeit widmen und vielleicht auch etwas zu viele Mittel. Deshalb würde ich gerne mit einer Schlußbemerkung, was also auch die Mehrheit der Westdeutschen davon hat, enden.

Herr von Dohnanyi, Sie haben in Ihrem Statement davor gewarnt, daß wir, und Sie haben dafür sehr eindrückliche Worte gefunden, die beiden Diktaturen vergleichen, weil eben Massenmord etwas ganz anderes in uns aufruft als Gefangenschaft. Es war etwas anderes und es ruft andere Reaktionen und Gefühle auf. Dem würde ich zustimmen. Das, was weniger bearbeitbar ist, worüber ich im letzten Teil reflektiert habe, ist hiermit aber hauptsächlich gemeint. Wir werden in unserem inneren Haushalt das klar zu bekommen haben, daß es hier riesige Unterschiede gibt. Und zumal wir Deutsche sind, sehe ich auch gar nicht, wie das anders geht. Es ist so, daß hier ein unvergleichliches Elend, auch ein unvergleichliches Versagen dieser Nation, festzumachen ist. Das Maß des Versagens in der SED-Diktatur war nun ein gänzlich anderes. Wir sollten daher diese Unterschiede nicht durch Vergleiche einebnen. Lassen Sie mich dazu ein Plädoyer für den Vergleich anfügen. Ich möchte nicht Unterschiede eineb-

nen – das ist eben deutlich geworden –, aber ich möchte vergleichen. Es ist ganz klar, daß bei der moralischen Bewertung die Gewichtung so erfolgen muß, wie Sie es gesagt haben. Aber, wenn ich an Ihre Formulierung, Herr von Dohnanyi, anknüpfe, beide Systeme waren natürlich totalitär. Wenn wir das ernst nehmen, was folgt dann daraus für die politische Analyse? Dann fragen wir uns eben auch bei dem Vergleich: Gibt es nun bei dem Unvergleichlichen, insbesondere auf der moralischen Ebene, eigentlich Diktaturfolgen, die sich ähnlich sind? Und meines Erachtens gibt es die. Es gibt sogar Diktaturfolgen von sehr unterschiedlichen Diktaturen, die einander sehr ähnlich sind, auch wenn nicht Krieg und Massenmord die Folge der sozialistischen DDR-Diktatur waren. So sind die Auflösung der demokratischen Strukturen, die Errichtung eines Doppelstaates, um mit Ernst Fraenkel zu sprechen, die Auflösung der Gewaltenteilung, der Verzicht auf die Legitimation und die nur partielle Einräumung von Legitimität, der Verzicht auf die Gewährung von Bürgerrechten oder weitgehender Teile der Bürgerrechte und die Einschränkung des Menschenrechts sehr gewichtige politische Fakten, die wir als Diktaturfolge von sehr unterschiedlichen Diktatoren in großer Ähnlichkeit, ja fast in Identität feststellen können. Es gibt eine Reihe von politikwissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema – freilich stammen sie zum Teil aus einer Zeit, die sich angewöhnte, die politische Reflektion weniger zu schätzen als das moralische Urteil. Ich spreche jetzt von der 68er Zeit und in ihrer Folge von der modischen Verwerfung etwa des Totalitarismusbegriffes. Wir haben aber eine umfangreiche politikwissenschaftliche Ergebnissicherung und wir können höchst prominente Namen nennen. Ich nenne nur einen, das ist Eugen Kogon, der in seinem berühmten Werk „Der SS-Staat“ im Vorwort im Grunde auch auf die Parallelität von Ohnmachtserfahrung und die Ähnlichkeit der Herrschaftstechnik hingewiesen hat. Es bringt uns nichts, wenn dieses Land in politischer Korrektheit erstarrt und aus einer moralischen Not heraus, Dinge nicht vergleichen zu wollen, im Grunde eine wissenschaftliche Tugend und einen aufklärerischen Ansatz vernachlässigt. Das führt zu nichts. Es ist der Enquete-Kommission nur zu wünschen, daß sie die Ebene der Moral und der politischen Wissenschaft zu unterscheiden vermag. Ich denke aber, daß Sie, Herr von Dohnanyi, da auch überhaupt nicht widersprechen. Wir müssen aber noch einiges tun, um das auch in der Öffentlichkeit so zu plazieren. Ich habe da jetzt schon eine Hornhaut bekommen, denn immer, wenn ich über die Diktaturerfahrung in dieser Weise spreche, heißt es von dem Lager der Unaufgeklärten und strukturkonservativen Linken, ich setze die Diktaturen gleich. Das ist natürlich nicht der Fall. Was für ein Schwachsinn! Also, ich bin Deutscher und habe Abitur, außerdem habe ich ein Herz.

So, und jetzt zurück zu meinem eigentlichen Vorhaben. Ich möchte noch kurz daran erinnern, daß ich der Enquete-Kommission im April diesen Jahres Überlegungen zur Einrichtung und zum Unterhalt von Gedenk- und Dokumentationsstätten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zugeleitet habe. Es ist mir wichtig, zu betonen, daß wir historische Orte wie Hohenschönhausen erhalten und zwar nicht nur als Orte des Gedenkens, sondern auch als Orte des

Lernens, wenn das beides zusammen möglich ist. Gerade die nachfolgenden Generationen, die dort nicht eingewachsen sind, wollen sich über den Charakter dieser Herrschaft informieren und etwas davon erleben, worunter 17 Millionen Deutsche über Jahrzehnte gelebt und gelitten haben. Und nun sind viele dieser Orte der sozialistischen oder sich sozialistisch nennenden Diktatur bereits unwiederbringlich verloren. Hier in der Nachbarschaft gibt es ein sehr wichtiges Gebäude, eigentlich das wichtigste Gebäude über lange Etappen der DDR, das Gebäude des Zentralkomitees, das einer anderen Nutzung zugeführt wird. Das ging ja wohl auch nicht anders. Ich will das nicht bekritteln, aber es ist so, daß viele Orte der tatsächlichen Herrschaftsausübung nicht mehr eine museale Wiederbegegnung darstellen können. Sie sind weg, gehören einer anderen Nutzung an. Aber wir müssen, gerade in Berlin, das ist nämlich der zentrale Ort von NS-Herrschaft und SED-Herrschaft, eine Art Topographie der zweiten Diktatur in Deutschland schaffen. Wir brauchen dazu ein Ensemble miteinander verbundener Gedenk- und Dokumentationsstätten, die an wichtigen historischen Orten über die deutsche Variante kommunistischer Parteidiktatur sowjetischen Typs informieren. Ein wichtiger Teil dieser Topographie, eine Ausstellung und Dokumentation zur SED-Herrschaft im engeren Sinne, müßte erst noch eingerichtet werden. Die früheren Tatorte, die Parteizentralen in der damaligen Lothringer Straße bzw. am Werderschen Markt – ich sagte es ja – sind leergeräumt, anderweitig verplant, und die Chancen sind hin. Erhalten geblieben und zu Gedenkstätten geworden sind dagegen die Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen und die Befehlszentrale des MfS, die Mielke-Suite in der Normannenstraße. Dort im Haus 1, der früheren Geheimdienstzentrale, beabsichtigte, vielleicht beabsichtigen wir es auch noch, der Bundesbeauftragte ein Zentrales Informations- und Dokumentationszentrum einzurichten. Damit würden wir dann unseren gesetzlichen Auftrag, den Sie uns gegeben haben, nachkommen. Ich muß, davon haben Sie gehört, davon berichten, daß das im Moment nicht so aussieht, als wenn das etwas werden könnte. Der Vorstand des Vereins ASTAK, der dort im Haus arbeitet, mag sich einer Darstellung unserer Tätigkeit in der vom Gesetzgeber geforderten Weise nicht so recht anschließen und würde gerne seine eigenen Möglichkeiten dort weiter extensiv nutzen. Man sieht möglicherweise eine gewisse Gefährdung dadurch, daß wir in dem Hause auch tätig werden. So sind wir dazu gekommen, eine Alternative behördenintern zu entwickeln, die davon ausgeht, daß wir an einem anderen Ort in Berlin-Mitte unser Zentrales Informations- und Dokumentationszentrum errichten. Es wird interessant sein, ob die Mittelzuweisung, die dem Verein die Möglichkeit seiner Unabhängigkeit gegeben hat, weiterhin gewährt bleibt, oder ob andere Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Der Bundesbeauftragte schätzt es, wenn neben seiner gesetzlich geordneten und geforderten Tätigkeit private Initiativen und Vereine sich dieses Anliegens der Erinnerung annehmen. Und wir schätzen auch hoch die wissenschaftlichen und museumspädagogischen Leistungen, die hier in Berlin und Leipzig von Bürgerkomitees geleistet werden. Gleichzeitig wäre es möglicherweise auch ein Problem, wenn wir mit unseren Aktivitäten und andere mit ihren Aktivitäten in eine gewisse Konkurrenz gerieten. Das muß nicht sein,

aber es ist auch nicht ganz auszuschließen und ich muß Ihnen einfach hier diese offene Situation schildern. Mir ist wichtig, daß der Bundestag und daß die Bundesregierung ihrem Vorhaben, ein Stiftungsdach zu errichten, entschlossen näher treten. Es ist nötig, das Mauermuseum oder die Gedenkstätte, die wir gestern in der Bernauer Straße eröffnet haben – das heißt wir haben sie nicht eröffnet, sondern den Baubeginn gefeiert – mit einbezogen werden. Mit dem verdienstvollen Rainer Hildebrandt ist darüber zu sprechen, wie seine Aktivitäten im Haus am Checkpoint Charly daneben oder unter dem Dach einer solchen Stiftung beheimatet wären. Hier gibt es viele Empfindlichkeiten und das muß man ernst nehmen. Viele Regierungsstellen brauchten sehr lange, um wichtige politische historische Anliegen als solche zu begreifen. Und deshalb muß man hier äußerst sensibel sein und die frühe Sensibilität von Einzelpersonen wie Rainer Hildebrandt oder Bürgergruppen nicht verprellen. Aber angesichts der Haushaltslage muß man auch realistisch sein. Und deshalb begrüße ich so Ihre Bemühung um dieses Stiftungsdach. Wir sollten solche Erinnerungsstätten wie das Notaufnahmelager Marienfelde dabei nicht vergessen. Es ist auch wichtig, die Dinge außerhalb Berlins anzuschauen und nicht zu vergessen. Der Rote Ochse in Halle, die Gedenkstätte Bautzen II, das Kontrollareal in Marienborn, das Grenzmuseum Hötensleben in Sachsen-Anhalt und weitere noch zu benennende Initiativen müßten unter das Dach kommen, nicht um sie zu dominieren, aber um sie zu sichern. Was geschieht mit den Unterlagen der Erfassungsstelle Salzgitter, in denen über 42.000 Fälle von Justizvergehen registriert sind? Was geht uns verloren, wenn wir das in nicht-zugänglichen Archiven verbuddeln? Es ist sehr interessant, daß die Mitteilungen, die dort archiviert sind, oft erstaunlich dicht an den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaften sind, die heute zutage liegen, so daß sich die Rechercheure manchmal wundern, wie korrekt die Flüchtlinge damals berichtet haben. Wo bleibt das, das ist doch wichtiges Quellengut für die historische Forschung? Aufgabe der Stiftung sollte dann die thematische Koordinierung der Aufarbeitungsprojekte sein und die Sicherung ihrer Lebensfähigkeit. Es gibt viele Karteien, die wir haben und damit will ich dann auch schließen, weil Ihnen das ja zum Teil klar ist. Es gibt die Absicht oder den Versuch, so etwas wie einen Thesaurus dieser ganzen Verfolgungsschicksale zu schaffen. Ist dieses Volk nur ein Volk von Untertanen? Ist es nicht vielmehr so, daß die Staatssicherheit sich zwanzig-, dreißigtausend operative Vorgänge anlegen mußte, daß besonders in den 80er Jahren eine Zunahme auch an Zivilcourage festzustellen ist, daß viele Menschen nein zu sagen lernten? Und wollen wir das nicht im kollektiven Bewußtsein aufbewahren? Wollen wir als Täternation in einer Doppelvariante dastehen? Wir brauchen die Kultur des Erzählens der gelungenen Dinge in einer nicht gelungenen Gesellschaftsordnung. Wir brauchen diese Zeugnisse von Zivilcourage. Natürlich ist das immer richtig, wenn wir die Diktatur delegitimieren und Leute wie Sie wissen das, aber wir müssen neben der Praxis der Delegitimierung der nichtlegitimierten Herrschaft eine Erzähltradition des gelungenen Lebens und der kleinen, niedrigen Widerstandsschwellen begründen. Es ist doch sehr eindrucksvoll, daß meine Eltern, von denen ich vorhin sprach, und Ihre vielleicht auch, und sehr viele öffentliche Pädagogen, für politische

Bildung Verantwortliche, diese Erzähltradition nicht lieben. Sie haben vielleicht die Angst, daß wir uns dann zu gut vorkommen. Aber inzwischen sind wir dort, wo wir unsere eigene Verantwortung und Schuld ausreichend bearbeiten. Deshalb müssen wir auch erzählen, was Menschen können, auch unter der Diktatur. Was nicht mehr ins Wort kommt, wird eines Tages auch nicht mehr gelebt. Deshalb haben nicht nur die Ostdeutschen, sondern die Deutschen insgesamt etwas davon, wenn Aufarbeitungsprozesse stattfinden. Auch gerade wegen einer zu begründenden Berichts- und Erzählstruktur über zivilcouragiertes Verhalten. Wir gewinnen, wenn wir die Diktatur vorurteilsfrei und offen bearbeiten eine deutlichere Annäherung an die eigene Demokratie. Wir nehmen sie ernster trotz der sie prägenden Widersprüche. Wir erkennen in ihr das wirklich fundamentale Gegenangebot gegenüber jeder Art von autoritärer oder totalitärer Herrschaft. Und diese stärkere Selbstvergewisserung bei dem beschädigten Demokratiemodell, das ist es, was Selbstbewußtsein in der Demokratie fördert. Selbstbewußtsein und Zivilcourage gibt es in diesem Land ja offensichtlich noch nicht genug. Danke für Ihre Geduld.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Zunächst ein herzliches Danke an Herrn Gauck und dann eine sehr freundliche Willkommensadresse an Herrn Dr. Vogel, den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, der das Pech hatte, in eine Maschine zu geraten, die nicht in der Lage war, zu starten. Aber Sie konnten damit auch nicht herunterfallen. Wir haben also vollstes Verständnis dafür, daß Sie durch diesen Mißstand zu spät kommen mußten. Ich möchte der Kommission jetzt folgendes vorschlagen: Da Herr von Dohnanyi um 12.15 Uhr diesen Raum verlassen muß, sollten wir zunächst eine Diskussions- und Fragerunde mit Herrn von Dohnanyi durchführen. Anschließend würde dann Herr Ministerpräsident Vogel zu Wort kommen und dann die Aussprache mit Herrn Dr. Vogel und Herrn Gauck. Sind Sie so einverstanden? Dann eröffne ich die Runde mit Herrn von Dohnanyi. Herr Professor Weber hat das Wort.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die nachdenklichen Überlegungen, die Sie eingebracht haben, Herr von Dohnanyi. Das gilt auch für das, was Herr Gauck gesagt hat. Es ist alles sehr einleuchtend und überzeugend. Allerdings weiß ich nicht, ob man nicht noch einen Schritt weitergehen sollte in dieser Einschätzung. Ich habe in der letzten Anhörung in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß ich einige Befürchtungen habe, gerade was das Erinnern und Gedenken an Widerstand und Opfer von Diktaturen angeht. Einmal fürchte ich, daß wir zunehmend in der Traditionslinie der Bundesrepublik nicht mehr so sehr die radikalen Demokraten von 1848 sehen, sondern daß Bismarck verstärkt reinkommt. Damit bekäme natürlich auch das Untertanendenken des Bismarckschen Reiches stärkeres Gewicht. Noch mehr irritierend ist natürlich, daß bei uns ein Zeitgeist herrscht, wo unter dem Deckmantel der Globalisierung ein Rückgang von Solidarität bei vielen zu sehen ist und das geht rein bis ins Regierungslager. Ich nenne so etwas Manchester-Kapitalismus, also anstelle von Solidarität eine Ellenbogenenge-

sellschaft. Und ich denke, wenn wir so etwas bekommen, wo jeder nur zusieht, wie er selber vorankommt, dann sagen diese Leute, daß diejenigen, die abgewichen sind von der Norm, die also keine Untertanen waren, die nicht Ellenbogen für sich einsetzen, sondern sich für andere eingesetzt haben, eben dumm waren. Warum haben die das gemacht? Das paßt ja gar nicht zum Zeitgeist. Und das ist meine größte Befürchtung über all das hinaus, was Sie richtig gesagt haben. Müssen wir eigentlich nicht ankämpfen dagegen, daß wir in eine solche Gesellschaft geraten, wo es geradezu selbstverständlich wird, daß man nur für sich sorgt und nur für sich da ist. Dann ist natürlich nicht zu erwarten, daß bei einem solchen Zeitgeist Erinnern und Gedenken an Opfer, an Widerständler gegen Diktaturen vorankommt.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Professor Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Meine Frage geht im Grunde genommen auch an beide Herren. Mir ist bei diesen Referaten ja vielleicht nur durch die Akzentuierung ein gewisser Dissens aufgefallen, über den wir hier aber gewiß sprechen und auch später noch nachdenken müssen. Auf der einen Seite registriere ich sehr starke Erinnerung und Trauer, persönliche Erinnerung und Trauer, und auf der anderen Seite dann eben politische Bildung, Aufklärung und Unterrichtung darüber, wie die Systeme ihre Opfer produziert haben. Für mich wäre das etwa deutlich zu machen an der Zweipoligkeit, die man in Yad Vashem erleben kann. Auf der einen Seite das Denkmal der Kinder, das zunächst einmal doch rein die Emotion anspricht, mit großer Wirkung. Gerade, wenn man mit Studenten einmal dort gewesen ist, merkt man, daß dieses Denkmal auch Barrieren niederreißt. Auf der anderen Seite dann aber eben auch die wissenschaftliche, politisch bildende Tätigkeit; eine Einrichtung also, in der das, was Emotion ist, nun auch durch Wissen und Einsicht unterfüttert wird. Dazu würde ich gerne noch einmal etwas hören: wie muß man sich das vorstellen? Ich habe den Eindruck, daß es zum Wesensmerkmal des verordneten Antifaschismus in der DDR gehörte, daß die Grenze zwischen dem Emotionalen und dem Politisch-Historischen ständig verwischt wurde. Wir waren als DDR-Schüler zutiefst beeindruckt bei dem Besuch in Buchenwald durch Filme, die uns durchaus emotional auch angesprochen haben. Gerade all die frühen DEFA-Filme waren ja auch von hervorragender Qualität. Aber es wurde natürlich auch eine Situation geschaffen, in der eigentlich nicht zurückgefragt werden konnte: Wieso, Warum, Wer und so weiter und so fort. Zu diesem Dissens von Erinnerung und Aufklärung würde ich gerne noch einige vertiefende Anmerkungen hören.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Und die wird jetzt Herr von Dohnanyi machen.

Dr. Klaus von Dohnanyi: Ich will gleich bei Ihnen, Herr Professor Maser, beginnen. Also, das, was Herr Gauck gesagt hat, über die Notwendigkeit des Erinnerns an die Tatsachen, da gibt es bei mir überhaupt keine Einschränkung. Ich habe gesagt, ich will das nur noch einmal zurückrufen, Schulbücher, Gedenktage, öffentliche Debatten, Stätten der Erinnerung usw. halten die ge-

schichtlichen Tatsachen fest. Das halte ich natürlich auch für wichtig und bedeutsam. Meine Frage an uns war, ob das reicht und nicht ob das nötig ist. Also nötig ist das bestimmt. Ob es reicht, dazu habe ich dann hinzugefügt, daß diese zahlreichen Denkmäler und Topographien nach meiner Meinung eine Wirkung der Absolution und der Abstraktion haben, die ich für gefährlich halte. Ich will das ganz offen sagen. Also, wenn ich mich umschaue in anderen Ländern, die auch ihre – sicherlich nicht vergleichbare – aber auch ihre tragische Geschichte haben: ich nenne nur einmal die Sklaverei in den USA und den Sklavenhandel, den Import von Sklaven. Auf den Schiffspapieren, auf den Transportpapieren stand, daß man mit dem Verderbnis eines Fünftels der Ware rechnet, das war in der Kalkulation des Sklavenhandels so ganz offen einbezogen. Die Leute wurden nicht getötet, aber man rechnete mit 20 % „verderblicher Ware“. Die Ware waren schwarze Menschen, die man in Afrika gefangen hatte. Es gibt in den USA zwar eine große Bewegung der Afro-American-culture, aber nach meiner Kenntnis nicht eine einzige topographische Erinnerung. Es soll in Baltimore ein privates Museum – kein öffentliches – über das Thema Sklaverei geben. Und trotzdem gibt es diese große Bewegung über die Erinnerung an Afro-American-Schicksale in den USA. Und diese Bewegung wird immer stärker. Ich habe meine Zweifel, ob wir durch das Besetzen unserer Landschaft an immer mehr Plätzen, die immer nur an einen Teil der deutschen Geschichte erinnern, uns und denen, an die wir erinnern wollen, einen Gefallen tun. Ich sage aus meiner Sicht deutlich Nein. Ich bin nicht dafür, daß das einzige, was wir in Deutschland ständig pflegen und erkennbar erinnern, diese sogenannten Topographien sind. Da bin ich wirklich auch im Widerspruch zu Herrn Gauck. Ich glaube nicht, daß das richtig ist, und ich glaube auch nicht, daß es notwendig ist: Ich fürchte, daß es eben zu einer Formalisierung des Gedenkens führen wird und führen muß. Das war mein Einwand an dieser Stelle. Deswegen bin ich auch so vehement gegen diesen Entwurf des Holocaust-Denkmal, wie er hier in Berlin einmal gedacht war. Das ist, finde ich, nichts als ein Erledigen von Gefühlen durch Stein.

Ich will dann doch einmal etwas hinzufügen und ich bin sicher, ich werde in diesem Kreis nicht parteipolitisch mißverstanden: Wenn wir diesen Platz, der in Berlin für ein solches Denkmal gedacht ist, zu einer großen, betretbaren Fläche machen würden und darauf eine sehr skizzenhafte Kopie des Denkmals im Warschauer Getto, also der Warschauer Erinnerungsstätte und einen Künstler beauftragen, eine Figur des knienden Willy Brandts in diesem Zusammenhang zu bringen, würden wir wesentlich mehr bewirken, als mit allen diesen Steinen und allem, was da aufgestellt werden soll. Das ist ja kein Zufall, daß der kniende Willy Brandt ein Vorgang in den Köpfen der Welt und in den Köpfen der Menschen ist. Es war eben ein Mensch, der zwar eine bedeutende staatspolitische Funktion hatte, aber in seiner Demut eben doch nur ein Mensch. Und mit diesem Bild wird etwas verbunden in der ganzen Welt, was weit über das hinausgeht, was wir mit irgendwelchen wundervollen Steinen und Marmor usw. jemals erreichen können. Ich will das nur als ein Beispiel

nennen für etwas, was ich versuchen würde zu tun, wenn ich hier in Berlin zuständig wäre.

Es geht darum, ein Symbol zu finden, das Deutschland in seiner Demut und seinem Bekenntnis festhält und das dann doch zugleich eben auch auf ein menschliches Maß wieder zurückbringt. Deswegen bin ich gegen diese ganzen riesigen Stätten von Erinnerung. Es beklemmt mich auch, durch Sachsenhausen zu gehen, ich muß es offen sagen. Es war vor einem Jahr eine sehr bewegende Ausstellung in Sachsenhausen über meinen Vater, mit Bildern, die er gezeichnet hatte, und vielem anderen, auch mit seiner Haftzelle. Aber man weiß ja nicht, wo man geht. Die Menschen wurden ja am Ende irgendwo verscharrt. Man weiß nicht wo man geht, weiß nicht wo man steht. Ich finde das alles äußerst problematisch, äußerst fragwürdig. Und deswegen bin ich nicht dafür, daß wir all diese „Topographien“ bewahren. Wenn in einem Gebäude die Stasi war, ja um Gottes Willen, dann laß sie da gewesen sein, und was Anständiges dann hinterher daraus machen. Unmittelbar nach dem Krieg haben in Hamburg Bürgermeister Max Brauer, der vertriebene Jude, und Herbert Weichmann, die beide aus der Emigration zurückgekommen waren, sich entschieden, aus Neuengamme das zu machen, was es vorher auch war, nämlich ein Gefängnis. Das hat eine riesige Debatte ausgelöst in Hamburg. Ich finde die Entscheidung noch immer richtig und ich habe sie dann auch verteidigt. Das ganze Deutschland war ein Schrecken damals und man kann einfach nicht überall festhalten, wo Schrecken und Terror gewesen sind. Ich finde auch, man sollte das nicht. Wie gesagt, das ist eine sehr persönliche Auffassung von mir, sie ist sicherlich auch umstritten. Aber ganz offen: ist es nicht auch ungeheuer bequem Denkmäler zu bauen? Man hat das denn erledigt und das ist es dann. Mir ist es zu bequem, ehrlich gesagt und ich streite darüber. Ich streite deswegen auch über dieses Mahnmal, das hier in Berlin gebaut werden soll. Ich kann mich damit nicht versöhnen. Auf dem Platz der Bastille steht die Guillotine nicht mehr. Und das ist kein Zufall, daß sie da nicht mehr steht. Und diese erste schreckliche totalitäre Schreckenherrschaft, die Europa gehabt hat, nämlich die der Jakobiner wird heute historisch sogar vergoldet. Auf der Bastille wird am 14. Juli getanzt, aber die Guillotine steht nicht mehr da. Und ich bin der Meinung, man sollte sich an all diesen Dingen auch nicht immer wieder festhalten. Das ist halt meine persönliche Auffassung.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Professor Weber. Herr Weber, ich möchte Sie eigentlich trösten in der Frage Zeitgeist. Wenn Sie einen Blick nach Amerika werfen: das ist ja nun wirklich eine sehr individualistische Gesellschaft und wenn Sie so wollen, die erste vielleicht in diesem Sinne globalisierte Wettbewerbsgesellschaft. Unterstellen wir das einmal, aber die Bewegung für human rights und die Bewegung für das Erinnern an die Black American History, ist dort ganz stark. Also ich würde mich nicht davor fürchten, daß der Zeitgeist uns das vertreibt. Das glaube ich eigentlich nicht. Es kommt vielmehr darauf an, daß wir Wege finden, damit die nächste und die übernächste Generation sich menschlich erinnern können und nicht an Steinen vorbei gehen und sagen: Das war es.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich bin in einer schwierigen Situation. Dieser Gedankenaustausch verdiente es eigentlich ungestört fortgesetzt werden zu können. Wir können es aber nicht, wenn nicht alles zusammenbricht, was wir heute abarbeiten wollen, wie man so sagt. Vielleicht können wir noch die Fragen von drei Kollegen machen, aber wir werden keine Antwortrunde mehr einrichten können. Also ich bitte die drei, die sich noch gemeldet haben, wirklich jetzt auf den Punkt zu sprechen. Herr Fricke, dann Herr Meckel und Herr Faulenbach.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ja, ich möchte also ganz kurz auf Herrn von Dohnanyi eingehen, seine Ausführungen haben mich tief beeindruckt. Ich bin aber in einem Punkt etwas irritiert und das gestehe ich genauso freimütig, nämlich als Sie auf die Frage der Vergleichbarkeit zu sprechen kamen. Natürlich kann man die beiden Systeme in Deutschland nicht gleichsetzen durch Vergleich – im Gegenteil. Herr Gauck hat das ja auch schon angedeutet. Aber ich warne davor, den Blick auf die Diktatur der SED zu verengen. Erstens einmal war die Diktatur der SED nicht denkbar ohne die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in der DDR. Ein Großteil der politischen Verfolgung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, in der frühen DDR geht zu Lasten der Verantwortung der Sowjets. Mindestens vierzigtausend Menschen sind von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt und in die Sowjetunion deportiert worden. Ich spreche gar nicht von den Internierten und letztlich war es dieselbe politisch-ideologische Basis, auf der beide Diktaturen, die in der Sowjetunion und die in der DDR aufbauten. Bautzen war nicht Auschwitz, aber was ist Workuta?

Abg. Markus Meckel (SPD): Meine erste Frage schließt sich unmittelbar an das von Herrn Fricke Gesagte an. Ich glaube schon, daß die Differenz, die Unterschiede von Nationalsozialismus und der zweiten deutschen Diktatur auf der Hand liegen und daß diese auch klar benannt werden müssen. Ich bin aber nicht sicher, ob das Stichwort Gefangenschaft für die Zeit nach 1945 die präzise und ausreichende Bezeichnung ist. Ich glaube, daß dieses Leben in der Diktatur und auch der Terror, der ja in den 50er Jahren sehr viel stärker war als z. B. in den 70er oder 80er Jahren, noch genauer erfaßt werden muß, auch in den Folgen. Wichtig ist mir aber auch die internationale Dimension. Der Nationalsozialismus begann in Deutschland, er ging von hier aus. Gewiß gab es auch andere Völker, die Schuld auf sich geladen haben in dieser Zeit, aber hier waren wir das Zentrum. Für die Zeit nach 1945 waren wir dagegen Teil und Ausläufer eines Systems, das woanders sein Zentrum hatte, wenn auch ein nicht unwichtiger. Das gesamte GULAG-System der Sowjetherrschaft, aber auch alles an sonstigen Verbrechen Stalins, muß in die vergleichende Betrachtung dieser Systeme einbezogen werden. Diese Verbrechen Stalins vollzogen sich nicht nur an den Deutschen, sondern auch an den Völkern der Sowjetunion und nicht zuletzt, sondern zuerst an den Russen. Daher ist die Frage der Aufarbeitung und des Gedenkens eine europäische Aufgabe. Ich glaube, daß es wichtig ist, sich dieser europäischen Dimension bewußt zu werden.

Im zweiten Punkt will ich doch noch einmal kurz an Hermann Weber anknüpfen. Klaus von Dohnanyi sprach in seiner Rede im Bundestag von Mut und Anstand, die notwendig seien. Ich glaube, daß das eine ganz wesentliche Aussage ist. Herr Gauck hat von Zivilcourage gesprochen. Ich denke beides gehört sehr eng zusammen und gibt Orientierung. Es ist wichtig, nicht nur von Opfern zu sprechen, sondern wirklich auch von dieser Freiheitsgeschichte, von dem Widerstand und daß dies durchaus zu unterscheiden ist von der Opfergeschichte. Opfer konnte man auch ganz willkürlich werden durch Zufälle und Kriterien, die die Nazis aufstellten. Dies gilt auch in der Zeit danach. Dies war vielfach nicht durch den Einzelnen verursacht. Aber diese Freiheits- und Widerstandsgeschichte ist ein Erbe, das in unsere nationale Tradition gehört, auf das wir uns berufen und das für die Zukunft wichtig ist. Ich denke, dafür braucht man dann auch Orte, an denen man dies fest macht. Aber man braucht Personen. Die sind ja auch nicht abstrakt und nur in Büchern zu finden. Es ist gut, für dieses Gedenken an Personen dann auch angemessene Orte zu schaffen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Meckel. Jetzt Professor Faulenbach als letzter mit der dringenden Bitte, die Uhr im Kopf zu haben.

Sv. Prof. Bernd Faulenbach: Ich verzichte darauf, die Frage der Vergleichbarkeit hier noch einmal aufzuwerfen, das können wir vielleicht nachher noch einmal diskutieren. Die Kollegen wissen, daß ich da eine sehr differenzierte Position habe. Ich würde aber gerne zur Frage der Erinnerungskultur an Herrn von Dohnanyi noch einmal Fragen stellen. Wäre es nicht sinnvoll, neben der schwarzen Linie deutscher Geschichte, wenn ich das einmal so sagen darf, aus der NS-Zeit, der Diktaturerfahrung, daneben eine zweite Erinnerungslinie, sagen wir demokratischer Traditionen, Freiheitstraditionen stärker zu institutionalisieren? Gustav Heinemann hat ja vor Jahren dieses Museum in Rastatt gegründet. Im nächsten Jahr spricht ja manches dafür, daß wir uns – neben Bismarck, der auf einmal merkwürdig in den Vordergrund getreten ist – auch wieder mit den Bewegungen von 1848 und ähnlichen Phänomenen beschäftigen werden. Ist es nicht sinnvoll auch in einer Demokratie wie der unseren, sich auch der demokratischen Traditionen zu erinnern? Zweite Bemerkung zur Gedenkstättenkultur: Herr von Dohnanyi, braucht denn Erinnerung nicht ihrerseits auch bestimmte Kristallisationskerne, an denen sie sich festmachen muß oder kann? Braucht sie nicht bestimmte Orte, braucht sie nicht vielleicht sogar bestimmte Rituale, damit die Erinnerung nicht gänzlich verschwindet? Wir alle sehen natürlich die Gefahr der Veräußerlichung, die aus solchen Ritualen gegeben ist, auch die Gefahr, daß durch Symbole Geschichte und Erfahrungen geradezu zugedeckt werden. Insofern kann ich die Bedenken gut nachvollziehen, aber wir müssen zugleich auch sehen, es gibt ein Bedürfnis nach Beglaubigung, daß dies Geschehen nicht irgendwo war, sondern konkret in Deutschland. Da sind dann die authentischen Orte eben doch wichtig. Es hängt sehr wohl davon ab, wie man etwa diese Gedenkstätten gestaltet, ob Personen als Personen vorkommen und ähnliche Dinge. Darüber läßt sich ja reden, aber noch einmal: brauchen wir nicht diese Orte und auch die Rituale trotz all der

Gefahren, denen man sich da ausgesetzt sieht? Letzte Bemerkung: Ich glaube, es ist sehr vernünftig ein bescheidenes Denkmal hier in Berlin zu errichten und von diesen weit überfrachteten Ansprüchen an ein solches Monument herunter zu kommen. Man sollte das Ganze in einem Ensemble von verschiedenen Gedenkstätten und anderen Institutionen sehen. Dies Monumentale zurückzunehmen, das scheint mir eine sehr plausible Sache zu sein, die – glaube ich – auch hier bei uns eine Resonanz findet. In dem Punkt würde ich ausdrücklich zustimmen wollen. Bei den anderen Punkten würde ich gerne doch ein paar Fragezeichen machen. Nebenbei gesagt: ganz so pauschal würde ich die Literatur nicht sehen. Christa Wolf und andere haben sich doch auch mit der Normalität im Dritten Reich beschäftigt. Aber dies führt jetzt zu weit und ist keine Kernfrage.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr von Dohnanyi eine kurze Antwort.

Dr. Klaus von Dohnanyi: Ich will Herrn Faulenbach Recht geben. Ich habe nicht gemeint, wir sollten gar keine Gedenkstätten haben. Mir ging es nur darum, daß wir immer noch neue hinzufügen und immer mehr uns mit dem Stein dabei zufrieden geben. Daß es solche Stätten geben muß, ist gar kein Zweifel. Aber die Frage ist, wieviel und in welcher Weise. Und wir müssen darauf achten, daß nicht eines Tages in den Kommunen die Frage auftritt, ob man das noch pflegen kann, wieviel Geld man dafür ausgibt usw. Mein Vorschlag, Neuingamme sozusagen einfach sterben zu lassen, aber eben sichtbar für alle, war der Versuch, auch der Geschichte hier wieder Platz zu machen. Auch Rituale sind wichtig. Auch was der Bundespräsident am 27. Januar eingeführt hat – ich hatte die Ehre im Bundestag zu sprechen – ist wichtig. Aber die beiden großen Fernsehsender hatten keine Zeit, das zu übertragen. Frau Süsmuth wurde kürzlich mitgeteilt, daß ja nun Phönix eingerichtet sei und man das sozusagen im Spartensender bringen könne. Es ist wahr, so ist die Berichterstattung bei uns. Ich habe mich beim Bundespräsidenten eingesetzt, vielleicht kann jemand von Ihnen sich beim Bundespräsidenten auch noch einmal einsetzen. Es wäre ja lächerlich, wenn nicht einer der beiden großen Fernsehsender diese eine Stunde bringen könnte. Es ist nur eine Stunde und die einzige, die wir bundesweit zur gemeinsamen Erinnerung haben. Da war aber eine Kindersendung, die konnte nicht abgeblasen werden. Ich fand es schon absurd, daß die einzige Liveübertragung, die es damals gab, in den USA mit Simultanübersetzung stattfand. Meine Freunde in den USA haben gesagt: Wir haben Dich gesehen; Du hast da eine Dreiviertelstunde etwas gesprochen und wir haben die ganze Rede gehört und sie ist simultan übersetzt worden. Nur in Deutschland konnte man es nicht zeigen.

Zu Herrn Meckel will ich sagen: die Orte des Widerstandes sind wichtig. Da gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Auch nicht in der Frage, daß die SED ein Teil eines Gesamtsystems war. Nur die Auseinandersetzung ist eine andere, da beginnen auch die Fragen der Vergleichbarkeit. Hier war ein besiegt Land unter sowjetischer Herrschaft, die ihrerseits auch viel zu rächen hatte, das muß man ja sehen. Rache hat auch eine berechtigte Rolle gespielt. Das System

war dennoch nicht vergleichbar, trotz GULAG und alledem. Es war eben nicht vergleichbar mit einem Auftrag für Mord, und zwar vom Staat abgezeichnet. Das hat es in der SED und in der DDR so nicht gegeben. Auch wenn man an der Grenze geschossen hat, war das nicht vergleichbar. Ich will deswegen noch einmal sagen, was ich gesagt habe: Man kann mit solchen Denkmälern die Gefangenschaft faßbar machen, weil es ein faßbares Verbrechen ist. Aber die Naziverbrechen sind unfäßbar, sind auch für uns noch immer unbegreiflich. Die Tatsache, daß Menschen an ihren Schreibtischen Befehle organisiert haben, bei denen Kinder einfach wie Gemüse vernichtet wurden, das ist unfäßbar, und das werden wir auch nie begreifen. Das bleibt unbegreifbar. Ich will nicht dagegen sprechen, daß man auch vergleicht. Aber diese beiden Systeme waren nicht vergleichbar und sie sind deswegen auch von der Erinnerung her unterschiedlich anzugehen. Man kann eben mit der großen Zahl der Ermordeten nicht so abstrakt umgehen. Ich glaube, da braucht man eben den tieferen Bezug und das habe ich versucht zu sagen.

Es tut mir leid, daß ich die Ursache dafür bin, daß wir etwas kürzer in der Diskussion sind als es mir selber lieb gewesen wäre, aber ich muß morgen früh einen Vortrag in Hamburg halten über einen Freund meines Vaters, der mit ihm zusammen gearbeitet hat und als Jude aus Hamburg vertrieben worden ist. Ich habe das sehr kurzfristig übernehmen müssen und muß da noch etwas tun und muß deswegen zurück. Es tut mir aufrichtig leid. Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Um so mehr haben wir Ihnen zu danken, Herr von Dohnanyi, daß Sie trotz dieser Belastung der Enquete-Kommission zur Verfügung standen. Ich glaube, Sie haben erreicht, uns sehr nachdenklich gemacht zu haben und Anregungen gegeben zu haben, die wir bei Erfüllung unseres Auftrages jetzt noch verstärkter einbeziehen werden, als das bereits geschehen ist. Recht herzlichen Dank, daß Sie da waren. Wir wünschen Ihnen einen guten Heimweg.

[Beifall]

Damit möchte ich noch einmal Herrn Ministerpräsident Dr. Vogel begrüßen. Sie als Ministerpräsident des Freistaates Thüringen sind immer wieder gefordert, mit den Orten Weimar und Buchenwald umzugehen. Es sind Orte von wahrhaft europäischer Dimension, die von Hoffnung und Scheitern der Demokratie, von Terror und Unrecht Zeugnis ablegen. In vorbildlicher Weise fördert der Freistaat Thüringen gemeinsam mit dem Bund die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora. Das bisherige Ergebnis kann man unter anderem in zwei neuen Ausstellungen in Buchenwald besichtigen. Schon in Ihrer langjährigen politischen Tätigkeit in der alten Bundesrepublik haben Sie deutlich werden lassen, daß Ihnen Erinnerung und Gedenken nicht nur staatliche Pflichtaufgabe, sondern wirkliche Herzenspflicht sind.

Was können wir tun, um Erinnern und Gedenken wach zu halten? Das ist unsere Fragestellung. Wie kann die Erinnerung an die schmalen, aber doch vorhandenen demokratischen und freiheitlichen Traditionen unserer Geschichte

aussehen, für die symbolisch die Daten des 20. Juli und des 17. Juni stehen mögen? Wir sind sicher, Herr Ministerpräsident, daß Sie uns wichtige Anregungen geben werden. Daher haben wir Sie heute eingeladen und freuen uns sehr, daß Sie zu uns gekommen sind. Ich darf Sie nun bitten, zu uns zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Sehr verehrter Herr Vergin, verehrte Abgeordnete Gleicke, meine Herren Abgeordneten und meine Herren Sachverständigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch von mir noch einmal: entschuldigen Sie, wir standen abflugbereit in Frankfurt, aber ein technischer Defekt hat uns nicht abfliegen lassen und wenn nicht die Geschicklichkeit des Abgeordneten Koschyk gewesen wäre, hätten wir auch im nachfolgenden Flugzeug keine Plätze mehr bekommen. Die anderen sind noch in Frankfurt, entschuldigen Sie.

Zunächst Dank für die Einladung, hier zu sprechen. Schon der Ort macht einen nachdenklich. Ich war hier schon zweimal beim Staatsratsvorsitzenden, auch hier in diesem Saal. Ich spreche heute zunächst als Angehöriger einer Generation, die noch direkt Erinnerung an Krieg und Nationalsozialismus hat, an Eltern, die ich nicht verstand, weil ich nicht „antreten“ durfte, weil man behauptet hat, ich sei asthmakrank und ich war gar nicht asthmakrank. Insbesondere die Erinnerung an diese Zeit war für mich in der alten Bundesrepublik motivierend. Jetzt kommt die Erinnerung an den SED-Staat, an Bautzen und an Buchenwald, an Mauer und Todesstreifen hinzu. Eine Erinnerung, die sehr viel mehr Menschen noch gegenwärtig ist. Es tut mir leid, daß ich die Diskussion, die Beiträge von Herrn Dohnanyi und von Herrn Gauck nicht voll gehört habe, zwei Persönlichkeiten, die Wichtiges dazu zu sagen haben, wie ich weiß. Ich möchte der Enquete-Kommission, deren Arbeit ich aufmerksam verfolgt habe bei ihren Besuchen in Erfurt und Buchenwald, ausdrücklich danken. Von Vaclav Havel stammt der Satz: die Dinge müssen auf den Tisch gelegt werden, damit man sie wegräumen kann. Ich danke Ihnen und ich denke, ich darf das für alle Ministerpräsidenten tun, daß Sie sich bemühen, die Dinge auf den Tisch zu bringen. Ich danke der Enquete-Kommission für die Arbeit, mit der sie eine Barriere gegen das Vergessen, auch gegen Verdrängungsmechanismen errichten wollen, um festzuhalten was war und wie es dazu kommen konnte und vor allem, um dafür Sorge zu tragen, daß es nie wieder geschieht.

Heute im achten Jahr der Einheit gibt es manche Bestrebung, die DDR-Diktatur zu verharmlosen. Es ist die Rede vom demokratischen Sozialismus, der nur schlecht realisiert wurde. Die erlebte Wirklichkeit war anders, die Öffnung der Archive der Zugang zu den Quellen ermöglicht ein präzises Bild dieses DDR-Sozialismus. Wir dürfen bei aller Dringlichkeit der alltäglichen Aufgaben, die uns in der Tat noch immer voll und ganz täglich fordert, die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen. Wir dürfen nicht meinen, durch Vergessen vorgeblichen Frieden stiften zu können. Das Stasi-Unterlagengesetz und die Errichtung der im Volksmund als Gauck-Behörde bezeichneten Institutionen haben sich als Glücksfall erwiesen. Beides sind Notwendigkeiten, die sich